

Öffentliche Hand muss ihr Tätigkeitsfeld ausweiten und nicht verkleinern

Tagung des DGB Hessen und des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN zu Folgen von Privatisierungen und den Aufgaben des Staates

Auf großes Interesse stieß eine Fachtagung des DGB Hessen und des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (ZGV) zu den Folgen der Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen am Samstag in Frankfurt. Rund 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer beteiligten sich rege an den Debatten in Arbeitsgruppen und im Anschluss an die Vorträge.

Aus gutem Grund werden Bildungs-, Gesundheits- und Versorgungsleistungen als öffentliche Aufgaben betrachtet und das müssen sie auch bleiben, stellte Brigitte Bertelmann vom ZGV fest. Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht zu Kunden gemacht werden, denen bestimmte Leistungen nur nach Maßgabe ihrer Kaufkraft zugänglich sind.

Zufrieden mit dem Verlauf der Tagung äußerte sich auch Kai Eicker-Wolf vom DGB: „Es ist deutlich geworden, dass die öffentliche Hand weitere Privatisierungen, wie z.B. die der Bahn, nicht vorantreiben sollte, sondern im Gegenteil dringend wieder über eine Ausweitung bzw. qualitative Verbesserungen ihrer Tätigkeit nachdenken muss. Das Leitbild vom ‚schlanken Staat‘ ist einfach falsch und wird der Funktion der öffentlichen Hand in modernen Volkswirtschaften nicht gerecht. Die öffentliche Hand hat eine wichtige gesamtwirtschaftliche und gesellschaftspolitische Funktion, der sie in Deutschland nicht mehr im angemessenen Umfang nachkommt.“

Zahlreiche Beispiele der kompetenten Referentinnen und Referenten haben deutlich gemacht, dass die erklärten Ziele der Privatisierung, nämlich Kostensenkungen, Entlastung öffentlicher Haushalte und eine Qualitätsverbesserung bei den Angeboten häufig nicht erreicht werden. Da private Investoren in erster Linie auf eine möglichst hohe Rendite aus sind, ist oft das Gegenteil der Fall.

Insgesamt habe die Tagung gezeigt, dass Privatisierungen von staatlichen Gütern und Dienstleistungen mit Arbeitsplatzverlusten einhergehen, die im privatwirtschaftlichen Bereich nicht durch neue Arbeitsplätze ausgeglichen werden. Zudem, so Eicker-Wolf weiter, führten Privatisierungen häufig zu längeren Arbeitszeiten durch eine Zunahme von Mehrarbeit, Überstunden und die Reduktion von Pausen- und Ruhezeiten. Langfristig seien in privatisierten Bereichen zudem sinkende Löhne zu verzeichnen, da etwa Neueinstellungen schlechter bezahlt und z.B. innerbetriebliche Sozialleistungen gekürzt oder ganz gestrichen werden.“

Eicker-Wolf: „Insgesamt hat die Politik der Privatisierung versagt.“ In einem Vergleich mit den skandinavischen Ländern machte die frühere Stadtkämmerin von Leipzig, Cornelia Heintze, deutlich, dass ein gut ausgebauter Wohlfahrtsstaat nicht der Vergangenheit angehört, im Gegenteil. Staatsquote und Beschäftigung im öffentlichen Dienst sind in Schweden, Dänemark, Norwegen und Finnland wesentlich höher als bei uns, was diesen Ländern gut bekommt: der Wohlstand pro Kopf ist größer, Einkommen und Vermögen sind relativ gleich verteilt, die Armutsquoten sind klein und die Arbeitslosigkeit ist vergleichsweise gering.“

Natürlich müsse ein breit ausgebauter Wohlfahrtsstaat auch finanziert werden. Aber auch hier seien die skandinavischen Länder gute Vorbilder, da sie im Gegensatz zu Deutschland hohe Einkommen und Vermögen sowie den Unternehmensbereich angemessen hoch besteuerten.

„Wir können aus diesen Erfahrungen manches lernen. Die Politik muss zur Kenntnis nehmen, dass es sehr wohl sinnvolle, wirtschaftliche Alternativen zum Ausverkauf der öffentlichen Einrichtungen gibt und diese konsequent umsetzen,“ stellte Brigitte Bertelmann abschließend fest.

Dr. Brigitte Bertelmann
Referentin Ökonomie und Sozialpolitik
Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der
Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau
Albert-Schweitzer-Str. 113-115
55128 Mainz

Tel.: 06131 287 44 44
Fax: 06131 287 44 11
mail: b.bertelmann@zgv.info
www.zgv.info